

Antragsbereich B / Antrag 18/II/2022

AntragstellerInnen: Jusos München

Empfänger: Unterbezirksparteitag

18/II/2022: Nein zum Krieg!

1 Wir fordern die Jusos München und die Münchner SPD dazu auf, den Appell „HET
2 BO HE - Nein zum Krieg!“ zu unterzeichnen.

3

4 Anbei der Appell im Wortlaut. Von www.derappell.de abgerufen am 23.03,
5 16:00Uhr.

6

7 #derappell HET BO HE - Nein zum Krieg!

8

9 www.derappell.de**Demokratie und Sozialstaat bewahren – Keine Hochrüstung**
10 **ins Grundgesetz!**

11

12

13

14 Am 24. Februar überfiel Russland unter Präsident Wladimir Putin die Ukraine.
15 Schon jetzt hat dieser Krieg Tausende Opfer gefordert und Hunderttausende die
16 Heimat 16

17

18 Dieser Krieg ist durch nichts zu rechtfertigen. Putin trägt die volle Verantwortung
19 für die Toten und die Menschen auf der Flucht. Putins Begründungen für den
20 Krieg sind Lügen und Propaganda.

21

22 Wir machen uns große Sorgen über die Zukunft von Frieden und Sicherheit in
23 Europa und der Welt. Diese Angst verbindet uns mit den Hunderttausenden
24 Menschen, die nach Beginn des Krieges allein in Köln, Berlin, München, Frankfurt,
25 Hamburg und Hunderten anderen Städten auf die Straße gingen und dort ihrer
26 Empörung über Putins Krieg, ihre Solidarität mit der ukrainischen Bevölkerung,
27 ihrer Angst vor einer weiteren Eskalation und ihrem Wunsch nach Frieden und
28 Sicherheit Ausdruck verliehen. Mit ihnen gemeinsam haben wir gegen Putins
29 Krieg und für Frieden demonstriert.

30

31 Diese Demonstrationen waren die größten Friedensdemonstrationen seit den
32 Protesten gegen den Irakkrieg im Jahr 2003. Noch am selben Tag, an dem in
33 Berlin die Menschen gegen den Krieg auf die Straße gingen, präsentierte die
34 Bundesregierung mit Unterstützung der CDU/CSU ein Maßnahmenpaket, das
35 die größte Aufrüstung Deutschlands seit Ende des Zweiten Weltkriegs vorsieht.

36 Eine massive Hochrüstung der Bundeswehr hilft den Menschen in der Ukraine
37 nicht. Die neu anzuschaffenden Waffen werden die Ukrainer:innen in ihrem
38 Kampf und Recht auf Selbstverteidigung nicht unterstützen.

39

40 Schon jetzt übersteigen die „Verteidigungsausgaben“ aller 30 NATO-Staaten die
41 russischen um fast das Zwanzigfache. Die Anschaffung von konventionellen Waf-
42 fen wie Kampfflugzeugen und bewaffnungsfähigen Drohnen als Abschreckung
43 unter atomaren Militärblocken ist sinnlos.

44

45 Die NATO-Länder und auch Deutschland haben schon vor 2014, das heißt lange
46 bevor es den Ukraine Konflikt gab, begonnen, ihre Rüstungsausgaben deutlich
47 zu steigern. Teile der Hochrüstungspläne finden sich schon im Koalitionsvertrag,
48 weit vor den ersten Warnungen vor einer bevorstehenden russischen Invasion.
49 Dieser Krieg und die fürchterlichen Bilder der Toten und Zerstörungen in der
50 Ukraine können jedoch eine radikale Kursänderung in der deutschen Außen-
51 politik und die höchste Steigerung der deutschen Rüstungsausgaben seit dem
52 Zweiten Weltkrieg – gar durch eine Grundgesetzänderung – nicht rechtfertigen.

53

54 Eine solche Wende der deutschen Außenpolitik um 180 Grad, mit entsprechend
55 dramatischen Folgen auch für die Innenpolitik – für den Sozialstaat, für Libera-
56 lität und Mitmenschlichkeit – ganz ohne breite gesellschaftliche Debatte, ohne
57 parlamentarische, ja sogar ganz ohne innerparteiliche Debatte zu beschließen,
58 wäre ein demokratiepolitischer Skandal.

59

60 Zusätzlich zu den bisherigen 49 Milliarden Rüstungsausgaben im Haushalt
61 2022 sollen noch in diesem Jahr 100 Milliarden als Sondervermögen eingestellt
62 werden, das der Bundeswehr über mehrere Jahre zur Verfügung stehen soll.
63 Diese Summe entspricht den Ausgaben mehrerer Bundesministerien, darunter
64 so wichtige Ressorts wie Gesundheit (16,03 Mrd.), Bildung und Forschung (19,36
65 Mrd.), Innen, Bau und Heimat (18,52 Mrd.), Familie, Senioren, Frauen und Jugend
66 (12,16 Mrd.), Wirtschaft und Energie (9,81), Umwelt (2,7 Mrd.), Zusammenarbeit
67 und Entwicklung (10,8 Mrd.) sowie Ernährung und Landwirtschaft (6,98 Mrd.).
68 Zukünftig sollen dann dauerhaft 2% des Bruttoinlandsprodukts für Rüstung
69 ausgegeben werden. Damit würden diese Ausgaben auf deutlich über 70 Milliarden
70 Euro jährlich steigen. Gleichzeitig will die Bundesregierung an der „Schulden-
71 bremsen“ festhalten, was langfristig die Frage unserer demokratischen Prioritäten
72 aufwirft und die Gefahr massiver Kürzungen im sozialen, im kulturellen, im
73 öffentlichen Bereich mit sich bringt. Diese politische Weichenstellung zusätzlich
74 mit einer Grundgesetzverankerung auch für zukünftige Regierungen verpflicht-
75 tend zu machen, lehnen wir im Namen der Demokratie ab. Nicht Hochrüstung,
76 sondern Sicherheit und soziale Gerechtigkeit sind Auftrag des Grundgesetzes.

77

78 Wir fordern statt Entscheidungen, die quasi über Nacht und im kleinsten Kreis

79 getroffen werden, die breite demokratische Diskussion über ein umfassendes
80 Sicherheitskonzept, das die Sicherheit vor militärischen Angriffen genauso
81 einschließt wie pandemische und ökologische Aspekte und dem das Konzept der
82 Einheit von Sicherheit und gemeinsamer Entwicklung zugrunde liegt.

83

84 Wir sind konfrontiert mit Krieg und unendlichem Leid, mit Flucht, mit Armut und
85 sozialer Unsicherheit, mit einer globalen Pandemie, die aufgezeigt hat, wie unsere
86 Gesundheitssysteme auf Kante genäht sind, mit einer öffentlichen Infrastruktur,
87 deren jahrzehntelange Vernachlässigung uns heute teuer zu stehen kommt, ei-
88 ner Kulturszene, die auf dem Zahnfleisch geht, und mit einer Klimakatastrophe,
89 die genauso wenig vor Staatsgrenzen Halt macht und immense Investitionen in
90 Zukunftstechnologien und soziale Abfederung erforderlich macht. Die auf Jahr-
91 zehnte geplante Hochrüstung beendet das Sterben in der Ukraine nicht, macht
92 unsere Welt nicht friedlicher und nicht sicherer. Wir können sie uns im Namen der
93 Zukunft nicht leisten.